

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Stellv. Pressesprecher
Dr. Jörg Nickel

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0178/28 49 591

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 101.11 / 16.02.2011

Schluss mit dem Privatisierungswahn - Grüne fordern, dass das UKSH in öffentlicher Trägerschaft bleibt

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Privatisierung der Unikliniken Gießen und Marburg erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Marret Bohn**:

Die Landesregierung schlittert wie auf Glatteis von einem Problem zum nächsten. Gestern erklärte Wissenschaftsminister de Jager, dass es zwei Möglichkeiten für das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) gebe: Entweder die vollständige Privatisierung nach 2015 oder eine Auslagerung der Immobilien ohne Privatisierung im patientennahen Bereich.

Heute hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die Privatisierung der Universitätskliniken Gießen und Marburg in Teilen verfassungswidrig ist. Dieses Signal muss die Landesregierung sehr ernst nehmen.

Im UKSH sollte es um eine gute medizinische und pflegerische Versorgung der Patientinnen und Patienten gehen. Manche Behandlungsangebote gibt es nur im UKSH. Deswegen ist die Uniklinik häufig ihre letzte Chance. In einem Krankenhaus der Maximalversorgung muss der Mensch im Vordergrund stehen und nicht der Aktienkurs. Von Kindergärten und Schulen wird auch nicht erwartet, dass sie schwarze Zahlen schreiben.

Mit der Privatisierung droht eine weitere Arbeitsverdichtung für die Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter. Die aber gehen jetzt schon auf dem Zahnfleisch. Noch mehr Arbeit bedeutet noch weniger Zeit für die Patientinnen und Patienten. Das kann keiner wollen.

Es muss Schluss sein mit dem Privatisierungswahn im Gesundheitswesen. Das gilt besonders für unser Universitätsklinikum.
